

Wozu braucht die Gesellschaft welche Eliten?

Julian Nida-Rümelin

(Redigierter Tonbandmitschnitt des Vortrages)

Das Thema dieser Tagung lautet „Braucht Deutschland Elite-Studiengänge?“. Man könnte es erweitern „Braucht Deutschland Elite-Universitäten?“. Dies ist ja ein viel besprochenes Thema der letzten Wochen. Ich habe dazu vor ein paar Tagen ganz konkret Stellung genommen mit einem Essay im Tagesspiegel „Braucht Deutschland eine Elite-Uni?“ vom 11. Januar 2004.

Ich möchte heute Abend ein wenig Abstand zur aktuellen Debatte schaffen und überlegen, was Elite überhaupt ist, was wir darunter verstehen, welche normativen oder ethischen Dimensionen diese Thematik hat. Das Thema ist keineswegs neu. Es beschäftigt uns nicht erst in den letzten Wochen und Monaten, sondern bewegt die abendländische Philosophie seit der Antike. Ich glaube, es ist sinnvoll, die Debatte dadurch an Substanz gewinnen zu lassen, dass man ein wenig zurück tritt und so die eigenen Vorurteile und Meinungen besser überprüfen kann.

Ich mache eine etwas boshafte Vorbemerkung. Der Ausdruck „Elite“ ist so beliebt, dass er sogar im Titel mancher Einrichtungen vorkommt. Es gibt z. B. eine Bayerische Elite-Akademie. Auf gut bayerische Art könnte man sagen: Wer zur Elite zählt, macht daraus kein Aufhebens. Man erkennt die Zugehörigkeit zur Elite gerade daran, dass ihre Mitglieder das nicht wie eine Monstranz vor sich her tragen. Wer sagt „Ich gehöre zur Elite“, gehört sehr wahrscheinlich nicht dazu. Eine Empfehlung, etwas behutsamer mit diesem Begriff umzugehen, als es gegenwärtig Mode zu werden scheint.

Ich mache einen großen zeitlichen Sprung, etwa 2500 Jahre abendländischer Geistesgeschichte zurück. Ich werde Sie aber nicht damit quälen, dass ich Ihnen Interpretationen von Platon oder Aristoteles vortrage – es gehört ja zum schlechten Ruf von Philosophen, dass sie immer mit Platon und Aristoteles beginnen, und ich tue das gelegentlich auch ganz bewusst so. Ich will Ihnen aber heute Abend keine Geistesgeschichte vermitteln. Ich möchte Ihnen vielmehr sechs Paradigmen von Elite darstellen, ganz unterschiedliche Konzeptionen, die unser Nachdenken über diese Thematik bis heute prägen.

Das dreigliedrige deutsche Schulwesen hat seine geistesgeschichtlichen Wurzeln in der *Politeia* von Platon. Ich werde nicht einzelne klassische Texte in die Debatte einführen, sondern sechs Auffassungen, Konzeptionen, Begriffe von Elite einander gegenüber stellen, damit wir uns in dieser Diskussion besser positionieren können und uns bewusst werden, wo unsere Sympathien liegen und aus welchen Gründen. Was spricht für die eine und was spricht gegen die andere Konzeption?

Aus der großen Menge der Literatur zum Thema Elite kann ich nur schwer etwas wirklich Gutes empfehlen. In der Debatte werden permanent ein normativer und ein deskriptiver Begriff von Elite verwechselt, ja, geradezu durcheinander geworfen. Es gibt interessante soziologische Theorien darüber, wie Elite entsteht, wie sie sich stabilisiert, welche Verhaltensmuster prägend sind für bestimmte Eliten. Das beruht auf einem deskriptiven, empirischen Elitebegriff, den man ganz grob so umschreiben kann: Es gibt in fast allen Kulturen, fast allen Gesellschaften kleine Gruppen, denen es gelingt, sich in zentralen Machtpositionen, Einflusspositionen zu etablieren, oft mit Besitz verbunden, das zu stabilisieren und möglicherweise auf weitere Generationen zu übertragen. Das ist für eine demokratische Gesellschaft kein sehr sympathischer Elitebegriff; aber es ist ein völlig legitimer, ein empirischer Elitebegriff, mit dem man forschen und zu dem man sehr viel untersuchen kann.

Mir geht es aber weniger um diese deskriptiven empirischen Fragen, sondern um folgende: Was verstehen wir unter Elite? Welche Eliten brauchen wir? Wenn Deutschland Eliten braucht, welche stellen wir uns vor? Das sind normative Fragen.

1 Ethische Elite-Konzeptionen

Ich werde nun versuchen, möglichst prägnant die angekündigten sechs Paradigmata von Elite zu benennen.

Platon

Wie sieht das platonische Paradigma von Elite aus? Platon selbst tut sich so schwer, das zu erläutern, dass er zu Metaphern greift, wunderschönen Bildern in einer poetischen Sprache. Ein guter Staat (eine gute Gemeinschaft, eine gute Polis) zeichnet sich dadurch aus, dass er nicht auf Interessen begründet ist, nicht auf Machterwerb, sondern auf Einsicht, Wissenschaft, Philosophie. Philosophie ist im antiken Verständnis im Wesentlichen theoretische und praktische Wissenschaft. Den oft missverstandenen Satz „Eine Polis kann nur gut sein, wenn entweder die Könige Philosophen sind oder Philosophen

Könige" darf man nicht so verstehen, als sollten die Mitglieder philosophischer Institute die Kabinette eines Landes besetzen, und damit sei die Politik in einer guten Verfassung. Es ist viel umfassender gemeint. Gute Politik zeichnet sich dadurch aus, dass sie wissenschaftlich begründet ist und dass Interessen keine Rolle spielen. Es ist geradezu charakteristisch für das Zugehören zur platonischen Elite, dass sie sich nicht an ihren eigenen Interessen orientiert.

Erinnern Sie sich an das berühmte Höhlengleichnis. Menschen sitzen in einer Höhle vor einer Wand, auf die durch ein Feuer die Schatten von Gegenständen geworfen werden, die man in ihrem Rücken vorbei trägt. Die Menschen haben sich an die Schattenbilder gewöhnt. Niemand will eigentlich die Höhle verlassen. Die Menschen sind zwar gefesselt; aber sie fühlen sich dort wohl, weil sie nichts anderes kennen. Dann aber kommt jemand von draußen und bindet den einen oder anderen Gefesselten los. Gegen ihren Widerstand werden sie zum Ausgang der Höhle geführt. Dort erkennen sie, dass die Bilder, die sie in der Höhle für Realität gehalten haben, nur die Schatten waren von Gegenständen, die herum getragen wurden; merkwürdig, irritierend. Die ehemals Gefangenen treten aus der Höhle, sind geblendet, sehen nichts, zunächst jedenfalls nicht; sie sehen bei Nacht vielleicht Sterne, und dann am Tag irgendwann Gegenstände. Zum Schluss haben sie sich so an das helle Licht gewöhnt, dass sie sogar in den Sonnenschein schauen können. Die Sonne steht in dieser Geschichte für die Idee, den Begriff des Guten, den man nur nach einem mühseligen Aufstieg, der mit Erkenntnisprozessen zu tun hat, gewinnen kann. Die Befreiten wollen nur ungern wieder in die Höhle zurück. Warum sollten sie auch? Wenn sie tatsächlich zurückgehen, aus Pflichtgefühl, oder um den zurück Gebliebenen zu helfen, weil sie selbst die Schattenbilder jetzt ganz anders interpretieren können und tiefere Einsichten haben, werden sie unten ungnädig empfangen. Die drinnen, welche nur die Schattenbilder kennen, verstehen die Berichte der Zurückgekehrten nicht. Vielleicht wird es den Rückkehrern so gehen wie Sokrates, der 399 v. Chr. zum Tode verurteilt wurde und dieses Todesurteil angenommen hat.

Wenn man Studierende im Examen nach Platon fragt, kennen sie natürlich die *Politeia* und das Höhlengleichnis mit seinen schönen Bildern. Wende ich dann ein, dass aus diesen Texten wohl eine ziemlich verzweifelte Sicht Platons auf das Problem der politischen Ordnung spricht – zunächst wollen die Menschen nicht aus der Höhle heraus, dann wollen sie nicht mehr zurück; wenn sie wieder unten sind, werden sie nicht verstanden; ja, um Himmels willen, ist das die Basis einer wohlgeordneten Polis? Konnte Platon wirklich meinen, dass es so funktionieren kann? – dann sind die Studenten meistens ratlos. Nur wenige wissen, dass Platon selbst eine Antwort gegeben hat, die *Nomoi*. Sie

sind die Theorie des Rechtsstaates, vielleicht die erste philosophische Theorie des Rechtsstaates. Sie beschreiben den zweitbesten Staat, in dem es keine Herrschaft von Personen gibt, sondern nur noch die Herrschaft der Gesetze.

Aber bleiben wir bei der ursprünglichen Konzeption, wie sie im Gleichnis gefasst ist. Nicht alle – und jetzt kommt der Elite-Begriff ins Spiel – sind in der Lage, den Aufstieg zur Erkenntnis zu gehen, über Wissenschaft, Sophia, Weisheit, die charakteristische Tugend. Nur wenige können diesen beschwerlichen Weg gehen. Deren spezifische Tugend erlaubt den beschwerlichen Weg der Erkenntnis zu gehen und die Einsicht in das Richtige und Wahre als alleinige Bestimmung des Handelns gelten zu lassen. Das wird von Platon wie selbstverständlich vorausgesetzt, eine philosophisch durchaus problematische Auffassung. Diejenigen, die nicht zur Einsicht fähig sind, müssen wenigstens die Tugend haben, einzusehen, dass sie sich besser anderen anvertrauen. Das ist eine Kritik an der Radikaldemokratie, die in Athen zeitweise versucht wurde. Es war allerdings eine ganz andere Form von Demokratie als wir sie heute kennen. Unabhängig von Kenntnisstand und Wissen, ja sogar unabhängig von Wahlen, z.B. durch Losentscheidung, konnten Personen Ämter inne haben. Es geht Platon vor allem um die zentrale Frage, wie man die Harmonie, das ausgewogene Verhältnis, das was im ersten Buch der *Politeia* als Fragestellung auftaucht, nämlich die Frage nach der Gerechtigkeit, wie man das erreichen kann, wenn nicht alle in der Lage sind, diesen beschwerlichen Weg zu gehen, manche aber immerhin in der Lage sind, das, was die einen als richtig erkannt haben, umzusetzen, mit Willenstärke, mit Konsequenz, mit Tapferkeit. Und der dritte Teil des Gemeinwesens, dem es in erster Linie auf die Befriedigung körperlicher Bedürfnisse ankommt, muss die Besonnenheit aufbringen, anzuerkennen, dass sie sich in Fragen der Gerechtigkeit und des politischen Handelns denjenigen, die dazu die Voraussetzungen mitbringen, anvertrauen.

Dies ist eine Elite-Theorie, die auf Wissenschaft, Einsicht, Erkenntnis beruht und auf der Idee, dass die richtige Einsicht allein ausreicht, richtig zu handeln.

Aristoteles

Platons Schüler Aristoteles, 40 Jahre jünger, und deswegen vielleicht auch nur in Grenzen als Schüler zu bezeichnen, hat eine ganz andere Konzeption, die uns in manchem sympathischer zu sein scheint. Er hat die Idee, dass jedes Wesen, nicht nur die menschlichen, sondern alles, was einen Telos in sich selbst hat, nach Vervollkommenheit strebt, und dass diese Vervollkommenheit sich in unterschiedlichen Lebensformen, unterschiedlichen Tugenden äußert. Die aristotelische Konzeption von Elite besagt, dass es wünschenswert ist, dass Menschen ihre Fähigkeiten, die sie tatsächlich haben, zur vollen Entfaltung bringen und

dann als solche Bürgerinnen und Bürger gemeinsam und gleichberechtigt mit Lebenserfahrung, Lebensklugheit handeln, aber ohne den Anspruch wissenschaftlicher Begründung politischen Handelns, ohne den strengen Anspruch hoher Wissenschaft, wie ihn Platon gefordert hat. Bei Aristoteles gibt es dann, für ihn ganz folgerichtig, die Vorstellung der Sklaven von Natur aus, also Menschen, die von Natur aus nicht in der Lage sind, ihr eigenes Leben ohne Anleitung zu führen. Aber das sollte uns nicht davon abhalten, die Essenz, die aristotelische Vorstellung eines wohlgeordneten Gemeinwesens zu verstehen. Die Bürger bleiben gleich, alle gleichermaßen befähigt, das Richtige zu tun, vorausgesetzt die Gesetze dieses Gemeinwesens sind so, dass sie die spezifischen und notwendigen Tugenden fördern und die Fähigkeiten der Menschen zur vollen Entfaltung bringen.

Es gibt übrigens eine hoch interessante Philosophin, eine politische Theoretikerin, Martha Nussbaum, die zusammen mit Amartya Sen eine Konzeption entwickelt hat, die für die Vereinten Nationen wichtig wurde. Martha Nussbaum versucht, den aristotelischen Ansatz entgegen der Lesart vieler heutiger Aristoteler universalistisch zu interpretieren und in ein ganz konkretes Programm einer guten Weltpolitik zu übersetzen.

Rousseau

Mein drittes Paradigma ist auch mit einem Namen verbunden, Rousseau. Er gilt als eine Leitfigur der europäischen Linken, Marx einmal hinten gestellt, zu dem ich noch komme. Trotzdem findet sich bei Rousseau ein sehr elitäres Element, an einer harmlos erscheinenden Stelle, die aber in der Geschichte der politischen Linken eine interessante Rolle gespielt hat, eine verheerende vor allem in der französischen Revolution. Die Grundidee ist die, dass die ursprüngliche Freiheit, die durch die Zivilisationsprozesse verloren gegangen ist, wiedergewonnen werden kann dadurch, dass die Einzelinteressen, welche die Menschen mitbringen, in ihrem Status als Bürger und Bürgerinnen aufgehoben werden, weil in der großen Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger – möglichst eines Stadtstaates, nicht eines großen Flächenstaates, wie schon damals in Frankreich realisiert – niemand in der Lage ist, seine Privatinteressen gegen andere Privatinteressen in Stellung zu bringen und nur das Gemeinwohl Chancen hat, Leitschnur der Entscheidungen der Versammlung der Bürgerschaft insgesamt zu werden. Rousseau war sich dessen bewusst, dass das in vieler Hinsicht unrealistisch ist, dass man jemanden braucht, der wenigstens die Gesetze formuliert, über die dann am Ende abgestimmt werden soll. Das erscheint als eine harmlose Stelle in der Rousseau'schen Theorie, aber die Frage ist, wer die Gesetze formuliert. Es muss dafür irgendjemanden geben. Es können sich ja nicht alle gleichermaßen dafür zuständig fühlen, diese Gesetze zu formulieren. Der Gesetzgeber bei Rousseau hat in unterschiedlichen personellen Konkretionen in der französischen

Revolution und in der Zeit danach eine wichtige Rolle gespielt. Dieses Problem durchzieht rousseau'sches linkes Denken. Woher kommt die Elite, welche die Vorgaben macht, über die dann die Versammlung abstimmt?

Biologistisches Paradigma

Ein viertes Paradigma möchte ich das biologistische nennen. Es hat im 19. Jahrhundert eine sehr große Rolle gespielt und dann, wie wir wissen, noch einmal insbesondere in Deutschland während der Nazizeit und des Naziterrors. Es ist die rassistische Elitetheorie, eingebettet in ein biologisches oder biologistisches Weltbild, nach dem die unterschiedlichen Rassen, Spezies mit einander in Konkurrenz stehen, dieser Konkurrenzkampf wie in der Natur ausgetragen wird und nur wenige überleben. Diese biologistische Elite-Theorie steht im Kontrast zu allen bisherigen Elite-Theorien insbesondere deswegen, weil sie sich als naturwissenschaftlich versteht. Weder Platon, noch Aristoteles noch Rousseau haben ihre Gedanken als naturwissenschaftlich gerechtfertigte Elite-Theorie verstanden. Das kommt erst im 19. Jahrhundert auf, im Zusammenhang mit einem missverstandenen und missbrauchten Darwin und allem, was dann folgt.

Marxismus

Die fünfte Elite-Konzeption ist die marxistische. Entgegen dem, was man in Feuilletons führender Tageszeitungen lesen kann, ist die Elite dem linken Denken keineswegs fremd. Die gesamte marxistische Bewegung ist durchdrungen von Elitedenken: die Avantgarde des Proletariats, die Kader. Schauen Sie auf das gegenwärtige Bundeskabinett: dort gibt es durchaus einige, die in ihrer politischen Biographie eine solche Phase hatten, die auch noch spürbar ist, in der sie sich als Kader verstanden haben, als Elite, als Avantgarde einer historischen Kraft. Das Elitedenken taucht also im linken Spektrum der Politik nicht als *elementum alienum* auf; es ist vielmehr integraler Bestandteil eines Teils der linken politischen Bewegungen. In der Phase, in der Marx versucht hat, ein wissenschaftliches Programm zu formulieren, noch nicht in der Frühphase, ist das schon ganz konkreter Teil seiner Organisationsvorstellungen. Das ist nicht eine Entstellung und Verbiegung seitens der Anhänger von Karl Marx, sondern es ist bei Marx selber ganz deutlich angelegt. Im Leninismus und Stalinismus wird es dann auf die Spitze getrieben: die marxistischen gesellschaftlichen Kräfte haben die Zusammenhänge erfasst, kennen die historischen Gesetzmäßigkeiten. Um dies politisch in eine Form zu bringen, bedarf es einer Avantgarde, einer Elite. Das ist zunächst einmal die kommunistische Partei und innerhalb der kommunistischen Partei sind es die hohen Funktionäre, die die bessere Einsicht haben.

Ökonomismus

Das letzte Paradigma ist das ökonomistische. Man könnte es auch das marktradikale nennen. Es dominiert die Debatte gegenwärtig. Das ökonomistische Paradigma besagt: Elite bildet sich im Konkurrenzkampf auf dem Markt aus. Die marktförmige Konkurrenz, das ist der Rahmen, innerhalb dessen sich Elite in einem wünschenswerten Sinne etablieren kann. Überall dort, wo der Staat eingreift, geht es schief. Wir brauchen die totale Freiheit des Marktes, um in der Konkurrenz den Prozess der Auslese (eben durch die unsichtbare Hand des Marktprozesses) in Gang zu setzen und die Differenzierungen automatisch zu realisieren, die es braucht. Auch in Hochschulen und Wissenschaft geht es gegenwärtig verbreitet um die Frage, wie man möglichst viel Markt in die Wissenschaft bringen kann, weil das angeblich die Entstehung von Eliten erst möglich macht.

2 Ethische Elite-Kritik

Nach der Vorstellung der sechs Paradigmen oder Elite-Konzeptionen komme ich zu einer ethischen Elite-Kritik. Ich möchte Ihnen zwei Grundtypen einer normativen Elite-Kritik darlegen.

Für den ersten steht der Name *Alexis de Tocqueville*, was Sie vielleicht erstaunen mag. Tocqueville stammt aus altem französischem Hochadel. Ein Teil seiner Familie ist in der französischen Revolution umgekommen. Warum kündige ich ihn als ein Beispiel für Elite-Kritik an?

Alexis de Tocqueville ist eine faszinierende Persönlichkeit. Er ist natürlich ein selbstbewusster Vertreter nicht nur einer gesellschaftlichen, sondern auch einer intellektuellen Elite. Er ist der resignativen Ansicht, dass es eine Tendenz zur Gleichheit, zur Angleichung von Differenzen gibt, eine große historische Kraft, eine politische Kraft, die sich überall durchsetzen wird, und die vielleicht sogar von Gott gewollt ist, weil dem christlichen Gott allzu große Differenzen ein Dorn im Auge sind. (Ich karikiere ein wenig.) Tocqueville sieht die Gefahr, dass in diesem Prozess die Freiheit bedroht sein könnte, dass das Einbrennen von Unterschieden mit der Freiheit in Konflikt geraten könnte. Was er über die Demokratie in Amerika schreibt, ist auf eine fast unheimliche Weise prophetisch für die weitere Entwicklung westlicher Industriegesellschaften. Es wurde schon zu einer Zeit geschrieben, in der Amerika als Staat sich gerade erst entwickelt.

Die zweite und sicher naheliegende Form von ethischer Elite-Kritik ist die einer radikalen Variante von *Egalitarismus*, also der Auffassung, dass Gleichheit ein Wert in sich ist, und

zwar nicht nur ein Wert neben anderen, sondern ein so zentraler Wert, dass Vorteile, die Differenzierung, Unterschiede und Leistungsanreize usw. bieten mögen, die fundamentale Gleichheit der Menschen bedrohen und damit ethisch unzulässig sind. Diese Position mag uns in den westlichen Industriegesellschaften sozialisierten und kulturell geprägten Menschen sehr fremd sein. Radikale Egalitarier haben aber durchaus einsichtige Argumente. Nur zwei Beispiele: Nach internationalen Statistiken sind die Menschen in Kerala, einer Provinz in Indien, ziemlich zufrieden und glücklich, obwohl diese Region hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse, Einkommensbedingungen, verfügbaren Ressourcen eine sehr arme Region ist. Sie liegt z.B. beim Pro-Kopf-Einkommen weit hinter Brasilien oder anderen südamerikanischen Staaten, aber bei einem bemerkenswerten Maß an Gleichverteilung. Dennoch hat Kerala für die Glücksforscher irritierend hohe Glückswerte. Wer einmal dort war, bestätigt, dass Kerala in der Tat ein sozial harmonischer Teil Indiens ist. – Ein zweites Beispiel. Wenn Sie alte Stadtpläne Athens anschauen, stellen Sie fest, dass in einer bestimmten Periode alle Grundstücke gleich groß waren. Die gesellschaftliche Ranghöhe folgte also anderen Kriterien als der Größe des Grundbesitzes.

Dies sind zwei Gegenpositionen, zwei ethische Kritiken der Elite-Theorie. Ich versuche jetzt in wenigen Sätzen eine Synthese; keine eklektizistische Synthese, bei der man sich kritische Punkte herauspicks und möglichst viele Gegenargumente einbaut. Ich habe Ihnen die verschiedenen Paradigmen vorgestellt, um meine Synthese mit Substanz zu füllen. Ich will sie mit zwei Kriterien erfassen, nämlich einer humanistischen und demokratieverträglichen Elite-Konzeption.

Was ist an dieser Elite-Konzeption, die ich aus ethischer Perspektive für die richtige halte, humanistisch? Zweierlei. Erstens die Bildungsidee. Das ist etwas sehr deutsches. Das Wort Bildung in seiner deutschen Bedeutung gibt es so in anderen Sprachen nicht. Es war aber prägend für das deutsche Universitätssystem und hat es für einige Jahrzehnte zum führenden in der Welt gemacht. Humboldt war nur einer der Protagonisten, wenn auch der herausragende. Die Bildungsidee, die Kognition und Persönlichkeitsentwicklung miteinander in Beziehung setzt – sie hat eine lange Vorgeschichte, die bis in die Antike zurückreicht, worüber wir heute nicht gesprochen haben, was aber im Denken der Stoa, der Akademie, auch im katholischen Denken tief verankert ist, und was sich durch alle Dialoge zieht – diese Bildungsidee erkennt den Menschen als besonderes Spezifikum Selbstverantwortlichkeit und Freiheit zu. Die Freiheit besteht aber nicht darin, dass jeder rücksichtslos seine Interessen verfolgt, vielmehr dass er diese Interessenverfolgung gerade nicht zur zentralen Richtschnur seines Handelns macht, sondern – und deswegen nenne ich das Ganze humanistisch – dass er Verantwortung trägt in dreierlei Hinsicht: kulturell,

politisch und historisch. Die das Privileg genießen, sich bilden zu können – möglichst viele, aber sicher nicht alle – sollen dies als einen Beitrag zur Kultivierung der Gesellschaft insgesamt verstehen. Eine Kultugesellschaft, getragen von Menschen, die wegen ihrer Bildung die Voraussetzungen mitbringen, eben diese Gesellschaft zu formen. Hinzu kommt eine umfassende politische Verantwortung, in der man sich als Teil eines politischen Zusammenhangs versteht und bereit ist, politische Verantwortung in diesem Sinne wahrzunehmen. Die politische Verantwortung gegenüber der Wissenschaft zeigt sich u. a. darin, dass – nach Wilhelm von Humboldt – der Staat die Wissenschaft und ihre Einrichtungen zur Gänze finanziert, sich aber inhaltlich vollständig heraushält. Das ist kein Widerspruch, sondern ein sehr plausibles Konzept. Drittens die historische Verantwortung, in der man nicht nur punktuell an den jeweiligen aktuellen Interessen orientiert ist, sondern sie in den Zusammenhang größerer historischer Entwicklungen stellt.

Das zweite Merkmal meiner Elite-Theorie ist die Demokratieverträglichkeit. Hier will ich nun zurückgreifen auf zwei wichtige Denker der gegenwärtigen politischen Philosophie. Der eine ist *John Rawls*. Er wird häufig zitiert und oft missverstanden. Er hat mit seiner *Theory of Justice*, 1971 auf englisch erschienen und wenige Jahre darauf auf deutsch, vermutlich das wichtigste Werk der politischen Philosophie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verfasst. Es ist eine sehr differenzierte, sorgfältig abgewogene Konzeption dessen, unter welchen Bedingungen Ungleichheit gerechtfertigt ist. Nehmen Sie auch das Buch von Wilfried Hinsch „Gerechtfertigte Ungleichheit“, für manche ein fast skandalöser Titel. Aber es gibt die linksliberale oder sozialliberale Theorie, die das sehr präzise ausführt. Der Grundgedanke ist so klar, dass man ihn in einem Satz zusammenfassen kann: Ungleichheit ist immer dann gerecht, wenn sie allen und besonders den Schwächeren in der Gesellschaft nützt. Wie kann das sein? Wie kann Ungleichheit gerade den Schwächeren nützen? Wenn sich z. B. die Einkommen differenzieren, ist das nicht ein Nachteil gerade für die Schwächeren? Der Gedanke ist ganz einfach. Stellen Sie sich ein System vor ohne Leistungsanreize und mit dem gleichen Lohn für alle und auf der anderen Seite ein System mit Leistungsanreizen, die sich in differenzierten Lohnniveaus äußern, je nach Leistung. Nehmen wir an, im zweiten System würde deutlich mehr produziert, und zwar so viel mehr, dass die Differenzierung der Löhne, die für solche Leistungen erforderlich ist, erlaubt, dass die am schlechtest gestellten, also diejenigen Lohnempfänger, die den geringsten Lohn bekommen, immer noch besser dastehen als diejenigen im System mit gleichem Lohn. Das ist kein Hirngespinnst eines politischen Philosophen, sondern das ist empirisch gut gestützt. China hat eine Zeit lang mit solchen Gleichverteilungssystemen experimentiert, mit mäßigem Erfolg. Das ist – in der amerikanischen Debatte – *inequality surplus*, Ungleichheitsplus. Man bekommt zusätzlich etwas

durch Ungleichheit. Das ist aber nur gerechtfertigt in den Grenzen, in denen es gerade denjenigen nützt, die am unteren Rand der gesellschaftlichen Pyramide leben. Diese Idee hat eine gewisse Attraktivität. Bei Rawls wird das ganze noch qualifiziert, und diese Qualifizierung mache ich mir zu eigen. Es muss noch eine Reihe weiterer Kriterien hinzu kommen: Gleiche Zugänglichkeit zu Ämtern z.B., Ausgleich von natürlichen Benachteiligungen im Bildungssystem und bei sozialen Benachteiligungen; also mit einem politischen Begriff: Chancengleichheit. Und vor allem der Primat gleicher individueller Freiheiten. Die Bürger- und Menschenrechte, die jedes Individuum hat, dürfen nicht ebenfalls ungleich verteilt sein; sie müssen allen in gleichem Maße zukommen. Innerhalb dieser Bedingungen erst greift das so genannte Differenzprinzip: Ungleichheiten sind dann gerecht, wenn sie der am schlechtesten gestellten Personengruppe, jedenfalls in der Tendenz, nützen.

Ich füge noch einen Gedanken hinzu, den ich mir ebenfalls zu eigen mache, nämlich eine pluralistische Auffassung. Lesen Sie dazu das Buch von *Michael Walzer, Spheres of justice* (Sphären der Gerechtigkeit). Walzer – er gilt als Antipode zu Rawls – plädiert für eine genuin plurale Gesellschaft, in der keines der großen Systeme, weder die Ökonomie, noch die Politik, noch die Bildung, noch die Kultur, noch die Wissenschaft die anderen dominiert. Walzer bietet damit eine ganz wichtige Ergänzung zu dem, was man von Rawls und seinen liberalen Anhängern kennt. Wir laufen gegenwärtig Gefahr, dass ein System, nämlich das ökonomische, alle übrigen dominiert. Damit gäbe es dann nur noch eine Elite, keine weiteren. Das wäre ein großes Risiko für eine human verfasste Gesellschaft.

Dies ist eine Skizze meiner Elite-Konzeption, die humanistisch inspiriert und demokratieverträglich ist.

3 Eliten und Wissenschaft

Lässt sich die Frage nach den wissenschaftlichen Eliten noch über das Gesagte hinaus präzisieren? Ich habe in dem von mir herausgegebenen Buch *Angewandte Ethik* (Kröner Verlag) versucht, dies in einem größeren Zusammenhang darzustellen. Dort finden Sie ein Kapitel zur Wissenschaftsethik. Ich möchte daraus zwei Grundgedanken darlegen.

Der erste lautet: Die wissenschaftliche Elite konstituiert sich durch ein Wissenschaftsethos. Fragt man genauer, worin dieses Ethos besteht, ist die Antwort gar nicht so einfach. Die Wissenschaftstheorie hat ganz unterschiedliche Konzeptionen dazu entwickelt. Trotz mancher berechtigter Kritik an Karl Popper ist er unter dem Gesichtspunkt des Wissen-

schaftsethos nach wie vor meine Leitschnur. Nach Popper brauchen wir Menschen, die bereit sind, Theorien zur Diskussion zu stellen und sich auch widerlegen zu lassen. Eine kühne Theorie, so nennt es Popper, und kritische Prüfung, auch von denjenigen, welche diese Theorien entwickelt haben. Seine Kritiker haben eingewandt, dass Wissenschaft (faktisch) so nicht funktioniere. Es gebe doch auch die „normale“ Wissenschaft, die ganz anders laufe: ein Paradigma, eine Theorie sei etabliert, niemand greife sie an, und wer sie angreife, sei in seiner wissenschaftlichen Karriere ohnehin bald gescheitert. Man versuche, Theorien auf neue Bereiche anzuwenden, usw. – Diese Einwände gibt es, und sie sind nicht falsch. Aber sie ändern nichts am wissenschaftlichen Ethos, nämlich der Kritikfähigkeit, der Kühnheit, wenn man so will, sich widerlegen zu lassen. Die Tendenz, so zu formulieren, dass man möglichst nicht verstanden wird und a fortiori nicht kritisiert werden kann, was es durchaus auch in der Philosophie gibt, ist verheerend. Ganze Bereiche der Geisteswissenschaften katapultieren sich damit selbst aus dem wissenschaftlichen Ethos heraus, in Deutschland nicht so krass wie in USA. Dieses interne Wissenschaftsethos ist, kulturgeschichtlich gesehen, auf den Kampf für die Emanzipation von Wissenschaft und Kultur von klerikalen und politischen Autoritäten zurück zu führen. Das ist die Geburtsstunde der Neuzeit. Der Kampf wurde gewonnen, aber es hat Jahrhunderte gebraucht, und er ist auch noch nicht ganz ausgefochten. In diesem Kampf hat sich ein Ethos entwickelt, etwa dass die Wissenschaft eben nicht lediglich die Magd der Theologie ist. Das bedeutet weltanschauliche Neutralität, In-Frage-Stellung der eigenen weltanschaulichen Voraussetzungen im wissenschaftlichen Diskussionsprozess. Keine politische Autorität, keine religiöse Autorität bestimmt, was gute Wissenschaft ist. Das wird intern geklärt, in der Wissenschaftsgemeinschaft, durch kritische Prüfung und kühne Entwürfe. Je universeller dieser Diskurs ist, um so höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Prozess rational ist und zu guten Theorien führt. Wir stellen Theorien zur Diskussion, wir publizieren in Medien, die international gelesen werden, um uns der kritischen Prüfung in einer möglichst radikalen Form preiszugeben. Und dazu gehört zentral der „Kommunismus des Wissens“. Wissen darf nicht privatisiert werden, darf nicht verkauft werden, jedenfalls nicht innerhalb des wissenschaftlichen Systems. In der Wissenschaft publiziere ich die Ergebnisse meiner Arbeit und stelle sie zur Diskussion. Sie gehören damit allen. Die Fairness gebietet Hinweise auf die Quellen des Wissens. Wissen darf innerhalb der Wissenschaft nicht kommerzialisiert werden, anders als außerhalb ihres Bereichs. Dort wird Wissen natürlich privatisiert und kommerzialisiert. Wissenschaftler haben aber die moralische Pflicht, die im internen Wissenschaftsethos etabliert ist, ihr Wissen zur Verfügung zu stellen und der Kritik auszusetzen.

Sehr viel gebrochener und weniger eindeutig ist das externe Ethos der Wissenschaft. Gemeint ist die Verantwortung der Wissenschaft nach außen, von der ich im Zusammenhang mit der humanistischen Elite-Konzeption gesprochen habe. Wie weit geht die kulturelle, politische und historische Verantwortung der Wissenschaft? Diese Debatte kulminierte in den 50-er Jahren des letzten Jahrhunderts in der Frage der Produktion von Atomwaffen, in der weltweiten Rollen der Physik und Nuklearphysik insgesamt. Sie kulminiert jetzt wieder angesichts der neuen biotechnologischen Möglichkeiten. Wenn wir keine politische Steuerung des Wissenschaftsprozesses selber wollen, dann brauchen wir die Verantwortungsfähigkeit der Wissenschaft. Das setzt voraus, dass gerade diejenigen, die an der vordersten Front der Forschung stehen, nicht nur ihre Forschungsprojekte im Blick haben, sondern bereit sind, diese in der Öffentlichkeit darzustellen, sie der Kritik auszusetzen und für sie Verantwortung zu übernehmen. Wenn man den Rückfall in eine Zeit verhindern will, in der die Politik in massiver Weise in wissenschaftliche Prozesse eingegriffen hat, bedarf es der eigenständigen Verantwortung innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft.

Ich habe zwei Jahre lang im Zentrum für Ethik in der Wissenschaft in Tübingen gearbeitet. Dort gab es in der Biologischen Fakultät die erste Professur für Ethik in den Biowissenschaften in Deutschland. Damit war dieses Thema ein integraler Bestandteil der Ausbildung von Biologinnen und Biologen, in Ethik und Wissenschaftstheorie. Das war damals, das gab es nirgendwo; leider ist es in Deutschland nicht zum Standard geworden. Das Modell halte ich nach wie vor für das richtige. Ethische Fragen müssen integraler Bestandteil vor allem in der naturwissenschaftlichen Ausbildung werden. Schon die Studierenden müssen lernen, Verantwortungsfähigkeit zu erwerben. Die Tendenzen, die wir gegenwärtig in den Reformbemühungen der Wissenschaft erkennen, gehen in die entgegengesetzte Richtung und fordern eher eine Verengung als eine Ausweitung der Gegenstände des Studiums. Wenn ich noch einmal etwas philosophischer werden darf, dann würde ich sagen: Kognition und Empathie gehen im Wissenschaftsethos eine Verbindung ein. Sie sind ohne einander nicht zu haben. Kognition und Empathie sind die Basis der ethischen Bindung von Wissenschaft.

4 Eliten für die Universitäten

Wissenschaft ist nicht gleichbedeutend mit den Universitäten. Wer es aber ernst meint mit den wissenschaftlichen Eliten, muss sicherstellen, dass die Universitäten attraktiv für die Besten in der Wissenschaft sind und bleiben. Es gibt eine ganze Reihe von Hindernissen, die dem entgegen stehen, und zwar zunehmend mehr entgegen stehen. Es hat

viele Wissenschaftler durchaus verwundert, dass die gleichen wissenschaftspolitisch Verantwortlichen, die bislang eher den Eindruck machten, die Universitäten sollen zu reinen Lehrbetrieben werden, jetzt Elitestudiengänge und Eliteuniversitäten fordern, die international mit den Top-Universitäten etwa in den USA mithalten können.

Vier Problembereiche machen uns Wissenschaftlern das Leben schwer. Das eine ist ein Gremienunwesen, für das sich nicht unbedingt die Besten in der Wissenschaft engagieren, oft mit negativen Auswirkungen auf die Entwicklung. Viel Zeit geht verloren. Wer spezifische wissenschaftliche Kompetenz einbringen kann – präzise denken, Positionen ausführlich begründen, Recht haben – hat nicht unbedingt die Fähigkeit, entscheidungsorientiert zu debattieren und Kompromisse einzugehen. Jeder, der als Wissenschaftler in einer Universität tätig ist, weiß, wovon ich rede. Es geht allzu häufig um Dinge, die uns vom Eigentlichen abhalten, nämlich von der Forschung, von der Lehre und von der Arbeit mit den besten Studierenden.

Ein zweites wird Sie vielleicht wundern, es aus meinem Mund zu hören, aber es gehört zum Thema Elite und Wissenschaft. Wir haben eine ganz merkwürdige Form von Nivellierung, die z. B. darin besteht, dass alle Professoren in Deutschland die gleiche Lehrverpflichtung von acht Wochenstunden haben. Es gibt aber Kollegen, die lieber einen Schwerpunkt auf die Forschung legen, andere lieber auf die Lehre. Sie alle kennen weitere Bereiche, in denen Nivellierungen zu Lasten der Forschung und der Studierenden stattfinden: Betreuungsrelationen von Professoren und Studierenden, Zuteilung von Mitteln, Personal und anderen Ressourcen, die zentrale Regelung der Zulassung zum Studium, usw.. Nivellierungen minimieren vielleicht Konflikte, sie sind aber nicht sehr intelligent und für realistische Schwerpunktsetzung und Profilbildung absolut schädlich.

Die Situation an unseren Universitäten ist die Folge einer falschen Politik seit 1977. Nicht nur eine Partei, sondern alle Wissenschaftspolitiker tragen eine Mitschuld daran. Ich möchte darauf achten, dass die Klage über solche Fehlentwicklungen, die umgesteuert werden müssen, uns in der Elite-Diskussion nicht auf ein Nebengleis führt, aber: unsere Gesellschaft in Deutschland, eine der reichsten Industriegesellschaften der Welt, wendet viel zu wenig für Kultur, Bildung und Wissenschaft auf. Das kann man auch durch stärkere Differenzierung allein nicht abfangen.

Ein weiteres Hindernis für Elitebildung an Universitäten ist eine bemerkenswerte rechtliche Rigidität. Auch hier einige Beispiele. Die Altersgrenze für Berufungen auf eine Professur liegt bei uns bei 52 Jahren. Welchen Sinn soll das machen? Das frühere Problem

der vollen Pensionslasten für den jeweils letzten Beschäftigten von Professoren ist doch längst gelöst! Immanuel Kant hat – in einer Zeit, in der die Lebenserwartung noch geringer war – die Kritik der reinen Vernunft in seinem 57. Lebensjahr publiziert. Das hat ihn erst zum großen Wissenschaftler gemacht. Kant könnte heute nicht mehr auf einen Lehrstuhl berufen werden. Das Argument, dass zu alte Professoren ihre Stellen zu lange blockieren und damit die Chancen der Jüngeren verringern, sticht auf der ganzen Linie nicht. Denn der Wettbewerb um die Besten erzeugt eine entsprechende Fluktuation und schafft Berufungschancen.

Ich stelle eine zunehmende Familienfeindlichkeit im Wissenschaftsbetrieb fest. Immer weniger Frauen sind bereit, ihrem Mann zu folgen, wohin er auch beruflich geht. Sie weigern sich zu Recht, weil sie selber eine berufliche Biographie haben und verfolgen wollen. In den USA wird das dadurch abgefedert, dass bei Berufungsverhandlungen die Bewerberin oder der Bewerber selbstverständlich sagt: Ich habe einen Lebens- oder Ehepartner, und was können wir da machen? Sehr häufig gibt es dann Doppellösungen an derselben Universität oder an benachbarten Institutionen oder was auch immer. Bei uns wird dieses Problem zeitlich verschoben. Die erste Berufung darf nicht an derselben Universität erfolgen, wo man habilitiert wurde. Ob das mit der Juniorprofessur besser wird, bezweifle ich. Unsere so genannten Nachwuchswissenschaftler sind bei der Habilitation im Durchschnitt 41 Jahre alt und können erst dann berufen werden. Die meisten sind bis dahin verheiratet, haben Familie. Jeder Wechsel kann den Familienzusammenhang zerreißen. So klein Deutschland ist, das Spagatleben zwischen zwei Städten ist durchaus ein Hindernis für die persönliche Entwicklung. Wenn dann z.B. Nordrhein-Westfalen den Professoren noch vier Tage Präsenzpflicht auferlegt, wird es endgültig schwierig für viele. Zu dieser Rigidität kommt noch eine Kartellbildung der zuständigen Ministerien in Deutschland hinzu, die ebenfalls eine dynamische Wissenschaftsentwicklung behindert. Dazu gehören die Rufsperrn, die starren Zulageregulungen und dergleichen mehr. Eine tief greifende Flexibilisierung solcher Regelungen täte dem deutschen Wissenschaftssystem gut.

5 Das akademische Ethos

Ich möchte versöhnlich schließen mit einem Lob des akademischen Ethos. Es gibt, das mag manchen Wissenschaftspolitikern entgangen sein, eine bemerkenswerte intrinsische Motivation innerhalb der Wissenschaft. Die Mehrheit der Wissenschaftler ist bereit, weit über das vorgeschriebene Maß hinaus zu arbeiten. Wer daher nur an finanzielle Anreize als Instrument der Optimierung von Universitäten und Wissenschaft denkt, schätzt die Lage in der Wissenschaft falsch ein. Es geht um Anerkennung, Anerkennung auch der

wissenschaftlichen Leistung. Natürlich freut man sich, wenn sich das gelegentlich auch finanziell auswirkt; aber wenn das die primäre Motivation wäre, wären die meisten von uns nicht in die Wissenschaft, sondern in einen anderen Beruf gegangen. Die in der Wissenschaft bleiben, sind mit ihrem Fach in der Regel die Besten; d.h. sie hätten auch andere attraktive Perspektiven gehabt.

Es gibt zweitens ein bemerkenswertes Maß an interner Verantwortungsbereitschaft. Das zeigt sich in der Bereitschaft fast aller Wissenschaftler, bei Gutachten, mit denen sie eigentlich nichts zu tun haben, beratend tätig zu sein, etwa bei Habilitationsverfahren an anderen Universitäten. Sie kümmern sich darum, dass der wissenschaftliche Nachwuchs eine positive Entwicklung nimmt. Die interne Verantwortungsbereitschaft ist auf Grund eines doch nach wie vor relativ stabilen akademischen Ethos sehr hoch entwickelt. Kritischer sehe ich die externe Verantwortungsbereitschaft. Sie ist bei einzelnen vorhanden, aber doch begrenzt. Es gibt sogar eine gewisse Tendenz in der Gemeinschaft der Wissenschaftler, diejenigen auszugrenzen, die solche externe Verantwortung in hohem Maße wahrnehmen. Das unterscheidet uns sehr stark von den USA. Es gibt ein bemerkenswertes Maß an permanenter Selbstevaluation, nicht erst seitdem Evaluationen institutionell vorgeschrieben sind. Das Wesen der wissenschaftlichen Zeitschriften beruht ja auf Selbstevaluation der Wissenschaft. In den advisory boards sitzen die führenden Vertreter des Faches. Sie beurteilen die eingereichten Arbeiten in einer permanenten Kritik und Selbstkritik. Dies ist stabil etabliert und funktioniert insgesamt sehr gut, trotz gelegentlicher Vorkommnisse, vor allem dort, wo es um viel Geld geht, wie z.B. in der Medizin, oder auch in manchen Bereichen der Biowissenschaften oder der Chemie. In welcher Währung wird dieses Engagement entgolten? Die Währung ist im Wesentlichen Anerkennung und Freiheit, nicht so sehr monetär.

Meine Empfehlung zum Schluss: Es gilt, dieses akademische Ethos, das nach wie vor nicht zerstört, wohl aber gefährdet ist, zu revitalisieren und zu vermeiden, dass die Universitäten in toto oder auch nur zu einem großen Teil in Schulen verwandelt werden, also den Weg zurück in die mittelalterliche und frühneuzeitliche Universität gehen. Noch zu den Zeiten Immanuel Kants hatte der Professor nach genehmigten Lehrbüchern zu lehren. Kant nahm sich die akademische Freiheit indem er seine ausgreifenden Kommentare zum Lehrbuchtext zum eigentlichen Inhalt der Vorlesung machte. Wenn wir in ein paar Jahren wieder so weit sein sollten, dann wäre etwas schief gelaufen bei dem Versuch, die deutschen Universitäten zu reformieren und die Elitebildung zu fördern.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Ludwig-Maximilians-Universität München

Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft

Oettingenstr. 67

80538 München

e-Mail: julian.nida-ruemelin@lrz-uni-muenchen.de

Anzeige



Fachhochschule Osnabrück
University of Applied Sciences

- Interessiert...** sich für den Hochschul- und Wissenschaftssektor zu spezialisieren?
- Motiviert...** die Reformprozesse im Wissenschaftssektor aktiv mitzugestalten?
- Engagiert...** Führungsverantwortung zu übernehmen?

Wenn Sie die notwendigen Kompetenzen erwerben wollen und aus dem Wissenschaftssektor oder der öffentlichen Verwaltung stammen, bewerben Sie sich jetzt für den zweijährigen, berufsbegleitenden Masterstudiengang

MBA Hochschul- und Wissenschaftsmanagement

Wir qualifizieren Sie in den Bereichen:

- **Führungs- und Managementmethoden**
z. B. Strategisches und operatives Management, Finanzmanagement, Human Resource Management, Qualitäts- und Prozessmanagement
- **Internationales Wissenschaftssystem**
z. B. Institutionenökonomik, Hochschul- und Wissenschaftsrecht, Wissenschaftstransfer, Internationale Beziehungen
- **Kommunikation / Soft Skills**
Grundlagen und Methoden personenbezogener Kommunikation, inkl. zwei Kommunikationstrainings
- **Praxistransfer**
Praxisprojekt an einer Wissenschaftseinrichtung, inkl. Praxiskompaktwoche und wissenschaftlicher Tagung

Nächster Start: 01. März 2005

Informationen unter
Geschäftsstelle Hochschul- und Wissenschaftsmanagement
Dipl.-Kff. (FH) Marlene Schwegmann
Tel.: 0541 / 969-3177
E-Mail: m.schwegmann@fh-osnabrueck.de
Internet: <http://www.wi.fh-osnabrueck.de/hwm.html>

+ vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft ausgezeichnet
+ in Kooperation mit der Hochschule Bremen

